

Landeskitaelternbeirat Brandenburg (LKEB)

c/o Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Pressemitteilung

Potsdam, 9. März 2026

Lücken zwischen Wahlkampf und Regierungsrealität: LKEB fordert SPD und CDU zur Einlösung ihrer Versprechen in der frühkindlichen Bildung auf



Der LKEB begrüßt grundsätzlich, dass es im neuen Koalitionsvertrag von SPD und CDU zu keinen weiteren Kürzungen in der frühkindlichen Bildung gekommen ist. Positiv heben wir hervor, dass insbesondere die hart erkämpften drei beitragsfreien Jahre unangetastet bleiben und auch bei der Qualität der Betreuung nicht der Rotstift angesetzt wurde. Vor dem Hintergrund der von der neu gebildeten Koalition angekündigten Haushaltskonsolidierung war dies eine der zentralen Sorgen der Elternschaft des Landes Brandenburg.

Trotz dieser ersten Erleichterung sieht sich der LKEB gezwungen, sowohl die SPD als auch die CDU an ihre jeweiligen Wahlprogramme zur Landtagswahl 2024 sowie insbesondere die CDU an ihre vollmundigen politischen Forderungen in der Opposition zu erinnern.

Gleicht man die Erwartungen der Elternschaft, die wir im Vorfeld detailliert in die Koalitionsverhandlungen eingebracht haben, mit den Wahlversprechen von 2024 und dem nun vorliegenden Koalitionsvertrag ab, offenbaren sich massive Lücken.

Der LKEB benennt hierzu folgende konkrete Lücken bzw. eklatante Unterschiede zwischen den Wahlversprechen und dem Koalitionsvertrag:

1. Die Lücke bei der Beitragsfreiheit

- **Die Erwartung der Eltern:** Der LKEB forderte eine vollständige Beitragsfreiheit für alle Kinder in Krippe, Kindertagespflege, Kita und Hort, um Chancengerechtigkeit zu stärken und Familien finanziell zu entlasten.
- **Die Wahlversprechen:** Vor der Wahl versprach die CDU explizit eine "beitragsfreie Kinderbetreuung von der Krippe bis zum Hort" (Regierungsprogramm CDU vom 25. Mai 2024, Seite 3). Auch die SPD kündigte an: "In einem nächsten Schritt werden wir alle verbleibenden Elternbeiträge in der Krippe und dann im Hort abschaffen" und versprach eine "vollständig kostenfreie Bildung im Land" (Regierungsprogramm SPD 2024 – 2029, Seite 13).
- **Die Realität im Koalitionsvertrag:** Von der Ausweitung der Beitragsfreiheit ist im Koalitionsvertrag keine Rede mehr. Das Versprechen der kompletten Beitragsfreiheit wurde fallengelassen.

2. Die Lücke bei der Betreuungsqualität und dem Personalschlüssel

- **Die Erwartung der Eltern:** Der LKEB forderte eine langfristige und verbindliche Verbesserung der Personalbemessung und die Einführung einer verbindlichen Erzieher-Kind-Relation, um verlässliche Beziehungsarbeit und Inklusion zu ermöglichen.
- **Die Wahlversprechen:** Die SPD versprach 2024, "Schritt für Schritt die Personalbemessung [...] [zu] verbessern" und die Aufgaben der Kitaleitung stärker bei der Bemessung zu berücksichtigen (vgl. Regierungsprogramm SPD 2024 – 2029, Seite 14). Die CDU versprach ebenfalls, die "Bildungs- und Betreuungsqualität [zu] stärken und einen besseren Personalschlüssel anzustreben", gepaart mit "mehr Zeit für pädagogische Leitung und Begleitung durch spürbare Anhebung des Sockels für die Leitungsfreistellung" (Regierungsprogramm CDU vom 25. Mai 2024, Seite 25).
- **Die Realität im Koalitionsvertrag:** Konkrete Verbesserungen der Personalbemessung oder der Freistellung für Kitaleitungen fehlen im Koalitionsvertrag völlig. Indirekt ergibt sich eine Verbesserung der Personalbemessung im Krippenbereich lediglich durch das Festhalten an der „geplanten Neuordnung der Kita-Finanzierung“ (Koalitionsvertrag SPD/CDU 2026 – 2029, Zeile 552). Der LKEB weist darauf hin, dass

diese Schlüsselanpassung ein Versprechen der letzten Wahlperiode von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war und bereits zum 1. August 2025 in Kraft treten sollte.

3. Die Lücke bei der Verpflegung (Mittagessen)

- **Die Erwartung der Eltern:** Der LKEB forderte ein verlässlich zugängliches, kostenfreies und gesundes Mittagessen nach DGE-Standard für alle Kinder, um soziale Teilhabe zu sichern.
- **Die Wahlversprechen:** Die SPD versprach in ihrem Wahlprogramm, sich dafür einzusetzen, dass das Kita- und Schulessen für Eltern "bezahlbar bleibt" (Regierungsprogramm SPD 2024 – 2029, Seite 13).
- **Die Realität im Koalitionsvertrag:** Ein konkretes Bekenntnis zu einer verlässlich bezahlbaren Mittagsversorgung in Kindertagesstätten fehlt. Der Koalitionsvertrag verschiebt die Lösung für die Essengeldregelung auf die geplante Neuordnung der Kita-Finanzierung und nennt dies primär im Kontext des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule (vgl. Koalitionsvertrag SPD/CDU 2026 – 2029, Zeilen 623f).

Fazit des LKEB: Dass wir im Bereich der frühkindlichen Bildung von Kürzungen verschont geblieben sind, ist beruhigend aber kein Ersatz für eine zukunftsgerichtete Bildungs- und Familienpolitik. Der Ausbau der Beitragsfreiheit und mehr Qualität sind keine Gegensätze sondern zwei Seiten derselben Medaille. Wer im Wahlkampf eine kostenfreie Kindertagesbetreuung von der Krippe bis zum Hort und bessere Personalschlüssel verspricht, verliert an Glaubwürdigkeit, wenn diese Vorhaben im Koalitionsvertrag keine Berücksichtigung finden, da die Erfahrung zeigt: „Alles, was nicht im Koalitionsvertrag steht, wird in der Regel nicht in Landesrecht überführt“.

Wir fordern die Koalitionsfraktionen auf, die offensichtlichen Lücken zwischen ihren Wahlprogrammen und dem Koalitionsvertrag in der laufenden Legislaturperiode aktiv zu schließen und sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes einzusetzen, da aus Sicht des LKEBs ebenfalls gilt: „Wer die Rechtsansprüche auf Bundesebene für unsere Kinder beschließt, muss sich auch an den Kosten auskömmlich beteiligen!“.

„Verantwortung für Brandenburg“ zu übernehmen heißt für uns, dass wir als demokratisch legitimierte Vertretung der Elternschaft des Landes Brandenburg über den Koalitionsvertrag hinaus folgende Hinweise mitgeben möchten:

- Aus Sicht des LKEBs sollte das Förderprogramm „Verlängerte Betreuungszeiten“ fortgeführt werden, da nach unserem Kenntnisstand dieses durch Bundesmittel finanziert wurde. Unklar bleibt, wie diese zweckgebundenen Mittel derzeit verwendet werden. In dem Flächen- und Pendlerland Brandenburg, in dem 2/3 der Kinder Anspruch auf verlängerte Betreuungszeiten haben, ist eine auskömmliche Finanzierung unablässlich, um die Zuverlässigkeit der Betreuung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.
- Mit der schrittweisen Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 1. August 2026 stellt der Bund den Ländern Mittel zur Verfügung. In der Neuordnung der Kita-Finanzierung werden die Kosten auf rund 5,24 Millionen Euro jährlich ab 2030 ff geschätzt. Bei vollausgerolltem Ganztagsanspruch ab 2030 ff ist bei 1,3 Milliarden Euro Bundesmitteln durch die Aufteilung nach Königsteiner Schlüssel mit 39 Millionen Euro jährlich für das Land Brandenburg zu rechnen. Wir fordern, dass auch die Differenz von 33,76 Millionen Euro aus dem Gesamthaushalt direkt in den Bildungsetat fließt.

Um Schulen im Sinne des Koalitionsvertrages zu entlasten und Chancengerechtigkeit zu stärken, ist der Bereich der frühkindlichen Bildung bzw. die Kita konsequent als Bildungsort zu verstehen und weitergehende Investitionen im Rahmen der Kindertagesbetreuung entsprechend zu leisten, um einem jedem Brandenburger Kind eine bestmögliche Entwicklungs- und Bildungskarriere zu ermöglichen.

Danilo Fischbach

Für den Vorstand des Landeskitaelternbeirates Brandenburg